

Chemnitzer Verkehrs-Aktiengesellschaft



Teilnahmeantrag

zum Teilnahmewettbewerb

**„Durchführung von Reinigungsdienstleistungen Betriebs-
höfe der Chemnitzer Verkehrs-AG**

**EU-Bekanntmachung (Referenz Nr.):
CVAG/25/L04 - Durchführung von
Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe
der Chemnitzer Verkehrs-AG**

Auftraggeber:

Chemnitzer Verkehrs-AG
c/o eins energie in sachsen GmbH & Co. KG
Carl-von-Ossietzky-Straße 186
09127 Chemnitz

Informationen zum Teilnahmewettbewerb
--

Verfahrensart:

Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung nach SektVO

Abgabetermin des Teilnahmeantrages:

bis zum 30.06.2025 - 14:00 Uhr

Abgabeort des Teilnahmeantrages:

Elektronisch Bietercockpit (Start über https://www.evergabe.de/leistungen-fuer-auftragnehmer/angebote-elektronisch-abgeben)

Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit den entsprechenden Anlagen ist über das Bietercockpit der eVergabe einzureichen. Nur eine eingereichte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) wird nicht akzeptiert und somit nicht gewertet!
--

Anlage 1: »Vordruck zum Teilnahmeantrag«

Ich/ wir gebe(n) einen Teilnahmeantrag für die Teilnahme am Verhandlungsverfahren mit Bekanntmachung nach SektVO für die Vergabe der Dienstleistungen Facility Management Betriebshöfe der Chemnitzer Verkehrs-AG für folgende Ausschreibung ab

Reinigung Betriebshof Adelsberg, Carl- von –Ossietzky-Str. 186, 09127 Chemnitz
und Reinigung Betriebshof Werner-Seelenbinder-Str. 13, 09120 Chemnitz

Zum Nachweis meiner/unserer Eignung mache(n) ich/wir die nachfolgenden Angaben und füge(n) die entsprechenden Nachweise bei. Mir/ uns ist bekannt, dass unvollständige oder nicht ordnungsgemäß ausgefüllte Unterlagen zum Ausschluss führen können.

Angaben zum Bewerber

Name/ Bezeichnung :

Anschrift :

Arbeitsschwerpunkte :

Ansprechpartner :

Telefon :

Telefax :

E-Mail :

	Teilnahmeantrag für Europaweite Vergabe: „Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG“	
--	--	--

Dem Teilnahmeantrag liegen die Vergabeunterlagen der Chemnitzer Verkehrs-AG (im Folgenden „CVAG“) zugrunde. Ich/ wir habe(n) die gemäß dem Vordruck zum Teilnahmeantrag sowie dem Leitfaden (Bewerbungsbedingungen) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise in der Anlage zu diesem Vordruck beigefügt. Sie sind Bestandteil dieses Teilnahmeantrags.

➤ Wir sind eine Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft (nachfolgend „**Bietergemeinschaft**“):

☐ Ja ☐ Nein

wenn ja: Wir bestehen aus den folgenden Mitgliedern (Name):

1.

2.

3.

4.

Mitglied Nr. ist bevollmächtigter Vertreter der Bietergemeinschaft. Bevollmächtigter Vertreter dieses Mitglieds ist:

Name:

Dienstsitz:

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Nähere Angaben zu den Mitgliedern der Bietergemeinschaft ergeben sich aus der Erklärung zur Bietergemeinschaft.

➤ Wir sind ein ausländisches Unternehmen mit Sitz in: (Staat).

	Teilnahmeantrag für Europaweite Vergabe: „Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG“	
--	--	--

Es folgt eine **abschließende Liste der auszufüllenden Unterlagen**, die in die Punkte Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen (Nr. I), Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit (Nr. II) sowie sonstige Erklärungen und Unterlagen (Nr. III) unterteilt ist.

Die in dieser Liste angekreuzten Erklärungen sind unter Verwendung der dafür vorgesehenen Original-Formblätter diesem Teilnahmeantrag beigelegt.

Die im Vordruck angekreuzten Erklärungen sind zwingend auszufüllen. Sie sind für jeden Bewerber, jedes Mitglied einer Bergwerksgemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer einzureichen. Die gemäß Anlagen 12.1, 12.3 geforderten Unterlagen zum Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die gemäß Anlage 14 geforderten Unterlagen zum Nachweis der Fachkunde und technischen Leistungsfähigkeit müssen vom Bewerber bzw. der Bergwerksgemeinschaft in der Form eingereicht werden, dass die Anforderungen insgesamt (kumuliert) erfüllt werden.

I. Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen

1. ☒ Formblatt »Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB« (**Anlage 2**)
2. ☒ Formblatt »Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4 GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften« (**Anlage 3**)
3. ☒ Formblatt »Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz« (**Anlage 4**)
4. ☒ Formblatt »Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB« (**Anlage 5**)
5. ☒ Formblatt »Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe« (**Anlage 6**)
6. ☒ Formblatt »Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer « (**Anlage 7**)
7. ☒ Formblatt »Erklärung der Bietergemeinschaft« (**Anlage 8**)
8. ☒ Formblatt »Erklärung zur Projektkommunikation« (**Anlage 9**)
9. ☒ Formblatt »Vertraulichkeitsvereinbarung« (**Anlage 10**)
10. ☒ Formblatt »Erklärung zum Datenschutzbeauftragten« (**Anlage 11**)

II. Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit

Folgende im Bekanntmachungstext geforderten Eigenerklärungen, Nachweise und Unterlagen sind als gesonderte Anlagen beigelegt:

Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Anlage 12 und 13)

1. ☒ Eigenerklärung über das Jahresauftragsvolumen des Bewerbers/ des Mitglieds der Werbergemeinschaft der in den 3 Geschäftsjahren (2024, 2023, 2022) für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind, erzielt wurde. Die Eigenerklärung muss das Jahresauftragsvolumen für vergleichbare Leistungen gemäß Auftragsgegenstand, für den ein Angebot abgegeben werden soll, enthalten. **(Anlage 12.1)**
2. ☒ aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung (nicht älter als 3 Monate) **(Anlage 12.2)**
3. ☒ Erklärung zur Anzahl der festangestellten, einsetzbaren Mitarbeiter im Auftragsfall **(Anlage 12.3)**
4. ☒ Formblatt »Versicherungen« **(Anlage 13)**

Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit (Anlage 15)

1. ☒ Nachweis der Einhaltung der Normen der Qualitätssicherung gemäß § 49 Abs. 1 SektVO **(Anlage 15.1)**
2. ☒ Nachweis der Erfahrung und Fachkenntnisse des Bewerbers aus vergleichbaren Projekten - Referenzprojekt 1 bis 3 bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre **(Anlage 15.2)** und gegebenenfalls ergänzende Darstellungen **(Anlage 15.3)**

III. Sonstige Erklärungen und Unterlagen

Folgende sonstigen Erklärungen und Unterlagen sind zusätzlich beigelegt:

- ☐ Erklärung über die Umsetzung des Einsatzes der entsprechend einsetzbaren Mitarbeiter (Vollbeschäftigteneinheiten) am Standort Chemnitz, die der Bewerber im Auftragsfall einsetzt (**Anlage 12.4**)

Ich/ wir bestätige(n) die Richtigkeit der in diesem Teilnahmeantrag und in den beigelegten Anlagen gemachten Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹

Hinweis: Wird der Vordruck an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt der Teilnahmeantrag als nicht abgegeben.

¹ Eine rechtsverbindliche Unterschrift liegt dann vor, wenn die zur Vertretung berechtigten Inhaber oder Organe von Gesellschaften (z. B. Geschäftsführer, Vorstand) oder entsprechend bevollmächtigte Vertreter den Teilnahmeantrag und sämtliche Erklärungen in vertretungsberechtigter Anzahl unterzeichnet haben. Ist die Vertretungsberechtigung nicht aus öffentlichen Registern (z. B. Handelsregister) ersichtlich, ist dem Teilnahmeantrag ein entsprechender Nachweis der Vertretungsberechtigung (z.B. Vollmacht) beizufügen.

I. Eigenerklärungen zu Ausschlussgründen

Anlage 2:

»Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB«

Eigenerklärung gemäß §§ 123 Abs. 1 bis 3, 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 4 bis 9 GWB

2.1 Ich/ wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 3 GWB in Bezug auf meine/ unsere Person(en) oder das Unternehmen vorliegen.

Keine Person, deren Verhalten dem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen ist, wurde wegen Verstoßes gegen eine der nachfolgenden Vorschriften rechtskräftig verurteilt:

- §§ 129, 129a oder 129b des Strafgesetzbuches,
- §§ 89c des Strafgesetzbuchs oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs,
- § 263 des Strafgesetzbuchs
- § 264 des Strafgesetzbuchs,
- § 299 des Strafgesetzbuchs,
- § 108e des Strafgesetzbuchs
- §§ 333, 334 oder 35 des Strafgesetzbuches, jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs,
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung und
- §§ 232, 233 oder 233a des Strafgesetzbuchs.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße nach den vorgenannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Abs. 2 GWB).

Ein Verhalten einer Person ist einem Bewerber/ einem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen, wenn eine Person, die für die Führung der Geschäfte dieses Bewerbers/ Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft verantwortlich handelt, selbst gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden dieser Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft handelnden Person vorliegt (§ 123 Abs. 3 GWB).

	Teilnahmeantrag für Europaweite Vergabe: „Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG“	
--	--	--

2.2 Ich/ wir erkläre(n), dass keine Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 Nr. 1, Nr. 3 bis 9 GWB in Bezug auf meine/ unsere Person(en) oder das Unternehmen vorliegen:

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen hat Vereinbarungen mit anderen Unternehmen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- das Unternehmen
 - hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/ wir versichere(n) mit meiner/ unserer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift²

² Vgl. Fußnote 1.

Hinweis: Dieses Formblatt Anlage 2 muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.

Anlage 3:

»Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4 GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften«

Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben, Sozialbeiträgen nach § 123 Abs. 4 GWB und der Mitgliedschaft in Berufsgenossenschaften

Von der Teilnahme am Vergabeverfahren ist ein Bewerber gemäß § 123 Abs. 4 GWB zu jedem Zeitpunkt auszuschließen, wenn:

- das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
- die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer vorgeannten Verpflichtung nachweisen können.

Ebenso können Bewerber vom Vergabeverfahren nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB ausgeschlossen werden, wenn

- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.

Dies vorausgeschickt erklären wir folgendes:

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir den Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie von Sozialbeiträgen nachgekommen bin/ sind.

Ich/ wir erkläre(n), dass ich/ wir alle Pflichten aus der Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft erfülle/n und in den vergangenen Jahren erfüllt habe/n.

Mein/ unser Betrieb ist Mitglied folgender Berufsgenossenschaft(en):

(Bezeichnung der Berufsgenossenschaft)

(Mitgliedsnummer)

	Teilnahmeantrag für Europaweite Vergabe: „Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG“	
--	--	--

(Bezeichnung der Berufsgenossenschaft)

(Mitgliedsnummer)

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung und vorsätzlich unzutreffende Erklärungen im Vergabeverfahren in Bezug auf meine/unsere Eignung meinen /unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift³

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

³ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 4:

»Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz«

Erklärung zu Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz und das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft erklärt, dass keine Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, das Aufenthaltsgesetz, das Mindestlohngesetz, das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz in der Person des Bewerbers/ des Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft vorliegen.

Straf- und Bußgeldverfahren wegen Verstoßes/ Verstößen gegen die genannten Gesetze sind weder gegen den Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft anhängig.

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁴

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

⁴ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 5: »Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB«

Erklärung zu Insolvenz bzw. Liquidation gemäß § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB

Ein Unternehmen kann nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB zu jedem Zeitpunkt von der Teilnahme am Vergabeverfahren ausgeschlossen werden, wenn

- das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Ich/ wir erkläre(n), dass über das Vermögen des Unternehmens, welches sich als Bewerber, als Mitglied der Bietergemeinschaft am Verfahren beteiligt, kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist.

Ich/ wir erkläre(n), dass sich das Unternehmen, welches sich als Bewerber, als Mitglied der Bietergemeinschaft am Verfahren beteiligt, nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat.

Ich bin mir/ wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁵

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft auf dessen Leistungsfähigkeit sich der Bewerber beruft, ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

⁵ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 6: »Verpflichtungserklärung zur Eignungslleihe«

Eignungslleihe

- ☐ Ich/ wir beabsichtige(n) **nicht**, uns für den Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde der Mittel oder Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen.
- ☐ Ich/ wir beabsichtige(n), uns für den Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde in den folgenden Bereichen

der Mittel oder Fähigkeiten anderer Unternehmen zu bedienen. Das andere Unternehmen hat auf nachfolgendem Formblatt eine entsprechende Verpflichtungserklärung abgegeben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (Bewerber)⁶

⁶ Vgl. Fußnote 1.

**Verpflichtungserklärung
zur Verfügbarkeit von Mitteln anderer Unternehmen nach § 47 Abs. 1 SektVO**

(Unternehmen)

(Straße)

(Postleitzahl)

(Ort)

(gesetzlicher Vertreter)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den Bewerber diesem die nachstehend benannten Mittel (Einrichtungen, Know-how usw.) zur Verfügung zu stellen:

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (verpflichtetes Unternehmen)⁷

⁷ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 7:

»Verzeichnis der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer«

Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer

- ☐ Ich/ wir beabsichtige(n) **keine** Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer einzusetzen.
- ☐ Ich/ wir beabsichtige(n), die nachfolgend aufgeführten Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer in den folgenden Bereichen einzusetzen:

Der Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer hat sein Einverständnis, die angegebenen Teilleistungen zu erbringen, durch Unterschrift auf nachfolgendem Formblatt bestätigt.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift⁸

⁸ Vgl. Fußnote 1.

Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachauftragnehmer (§ 34 Abs. 1 SektVO)

Zur Ausführung der nachfolgend genannten Teilleistungen sind folgende Unterauftragnehmer bereit:

Unterauftragnehmer/Nachauftragnehmer Nr. ____

(Unternehmen)

(Straße)

(Postleitzahl)

(Ort)

(Beschreibung der Teilleistung)

(Ort, Datum)

(Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift des Unterauftragnehmers⁹)

Unterauftragnehmer/Nachauftragnehmer Nr. ____

(Unternehmen)

(Straße)

(Postleitzahl)

(Ort)

(Beschreibung der Teilleistung)

(Ort, Datum)

(Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift des Unterauftragnehmers¹⁰)

Hinweis: *Sollte sich der Bewerber/ die Bietergemeinschaft mehrerer Unterauftragnehmer/ Nachauftragnehmer für die Leistungserbringung bedienen und sich auf dessen Leistungsfähigkeit berufen, ist für jeden weiteren Nachauftragnehmer ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Nachauftragnehmers fortlaufend einzutragen.*

⁹ Vgl. Fußnote 1.

¹⁰ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 8: »Erklärung der Bietergemeinschaft«

Erklärung der Bietergemeinschaft

☐ Ich/ wir gebe(n) mein/ unser Angebot **nicht** als Bietergemeinschaft ab.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift (Bewerber).¹¹

☐ Wir bilden eine Bietergemeinschaft und geben hiermit die hierfür vorgesehene Erklärung ab:

Erklärung der Bietergemeinschaft (§ 50 SektVO)

Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder einer Bietergemeinschaft,

**geschäftsführendes
Mitglied**

(Name, Sitz, Anschrift, Telefon, Telefax)

Leistungsanteil

Mitglied Nr. ____

(Name, Sitz, Anschrift, Telefon, Telefax)

Leistungsanteil

¹¹ Vgl. Fußnote 1.

	Teilnahmeantrag für Europaweite Vergabe: „Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG“	
--	--	--

erklären hiermit verbindlich, uns im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären, dass

- alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aufgeführt sind und das oben bezeichnete geschäftsführende Mitglied der Bietergemeinschaft und späteren Arbeitsgemeinschaft alle Mitglieder sowohl der Bieter- als auch der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- das geschäftsführende Mitglied berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Erklärungen entgegenzunehmen und Zahlungen anzunehmen und
- alle Mitglieder für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift ¹²

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift ¹³

- Hinweis:**
1. *Sollte die Bewerber-/ Bietergemeinschaft aus mehr als zwei Mitgliedern bestehen, ist für jedes weitere Mitglied ein entsprechendes Datenblatt beizufügen und die jeweilige Nummer des Mitgliedes fortlaufend einzutragen. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*
 2. *Wenn ein Mitglied einer Bietergemeinschaft selbst auch ein eigenes Angebot abgibt, bedingt dies regelmäßig den Ausschluss beider Angebote (OLG Düsseldorf, Beschl. v. 16.09.2003 – VII Verg 52/03).*

¹² Vgl. Fußnote 1.

¹³ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 9: »Erklärung zur Projektkommunikation«

1. Erklärung zur Projektkommunikation

Ich/ wir erklären, dass die Kommunikation mit dem Auftraggeber und sämtlichen am Projekt beteiligten Dritten, insbesondere durch die Projektleitung, in deutscher Sprache erfolgt. Dies beinhaltet die Abwicklung des Projekts, jeglichen Schriftwechsel, sämtliche Besprechungen und die Erzeugung von Dokumenten.

Ausgenommen hiervon sind fachspezifische Begrifflichkeiten.

Ich/ wir erklären, dass alle dem AG zu übermittelnde Dokumente in einem orthografisch und grammatikalisch korrekten Deutsch erstellt werden.

Ich/ wir versichere(n) mit meiner/ unserer Unterschrift die Richtigkeit der Angaben.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁴

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

¹⁴ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 10:

»Vertraulichkeitsvereinbarung Reinigung Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG«

Vertraulichkeitsvereinbarung

Zwischen

Chemnitzer Verkehrs-Aktiengesellschaft

nachfolgend Auftraggeber (AG) genannt

und

nachfolgend Auftragnehmer (AN) genannt

Präambel

Der AG beauftragt den AN mit

der Durchführung von Reinigungsdienstleistungen in den Betriebshöfen Adelsberg, Carl- von-Ossietzky-Str. 186, 09127 Chemnitz und Werner-Seelenbinder-Str. 13, 09120 Chemnitz der Chemnitzer Verkehrs-AG.

.....

.....

Hierzu stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer vertrauliche Informationen, Daten, Unterlagen und/oder sonstige nicht allgemein zugängliche Informationen sowie Einsicht in die DV-Systeme oder Anlagenteile zur Verfügung.

Die in diesem Zusammenhang von den Vertragsparteien zur Verfügung gestellten Daten und Informationen (nachfolgend als vertrauliche Informationen bezeichnet) sind nach Maßgabe dieser Vereinbarung vertraulich zu behandeln.

§ 1 Definition

Als vertrauliche Informationen im Sinne der vorliegenden Vereinbarung gelten:

- a) Informationen und Daten jeglicher Art, die sich die Vertragsparteien schriftlich, mündlich, digital oder in anderer Form im Rahmen der in der Präambel genannten Beauftragung zugänglich machen sowie alle technischen, finanziellen und kommerziellen Informationen;

	Teilnahmeantrag für Europaweite Vergabe: „Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG“	
--	--	--

- b) Informationen (unabhängig von der Verbreitungsform oder dem vermittelnden Datenträger, insbesondere aktualisierende und ergänzende Informationen sowie alle Informationen und schriftlichen oder elektronischen Dokumenten, die die Parteien miteinander direkt oder indirekt austauschen), die der Auftraggeber ausdrücklich als vertraulich oder geheimhaltungsbedürftig bezeichnet, besonders kennzeichnet oder deren Vertraulichkeit sich aus ihrem Gegenstand oder sonstigen Umständen ergibt. Dies gilt auch, wenn die vertraulichen Informationen von Dritten stammen und dem Empfänger von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden;
- c) geheimhaltungspflichtige Daten nach dem Bundesdatenschutzgesetz, nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sowie sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften.

Keine vertraulichen Informationen im Sinne dieser Vereinbarung sind nur solche Informationen,

- d) die bereits öffentlich bekannt sind.

b) die die Vertragsparteien nach gesetzlichen Bestimmungen offen zu legen haben. In diesem Fall wird die Partei, welche eine Veröffentlichung anstrebt, unverzüglich und vor Veröffentlichung dieser Informationen die jeweils andere Vertragspartei hiervon unterrichten und das weitere Vorgehen abstimmen.

§ 2 Vertraulichkeit

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die von der jeweils anderen Vertragspartei direkt oder indirekt erhaltenen vertraulichen Informationen

- a) streng vertraulich zu behandeln,
- b) nicht unabhängig, insbesondere zu Wettbewerbszwecken zu verwerten,
- c) Dritten nicht zugänglich bzw. öffentlich bekannt zu machen,
- d) ausschließlich für den in der Präambel dargelegten Zweck zu verwerten.

§ 3 Rückgabe von Unterlagen/Berechtigungen

Unmittelbar nach der Beendigung der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien sämtliche vertraulichen Informationen, soweit sie in verkörperter Form vorliegen, zurückgeben und, soweit elektronisch gespeichert, vollständig vernichten und deren Vernichtung nachweisen sowie erhaltene Berechtigungen zum Zugriff auf DV-Systeme der **eins** zurückgeben.

Vorgenanntes gilt nicht, sofern die empfangende Partei zur Aufbewahrung von Kopien aufgrund zwingender gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften verpflichtet ist. In diesen erfolgt die Rückgabe der betroffenen Information erst nach Ablauf der jeweiligen Aufbewahrungsfrist.

§ 4 Verwertungsrechte

Alle etwaigen Verwertungsrechte an übergebenen Informationen verbleiben bei der jeweiligen Vertragspartei. Lizenzen oder sonstige Nutzungsrechte, gleich welcher Art, werden durch diese Vereinbarung nicht eingeräumt.

§ 5 Datenschutz

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie der EU-DSGVO und sonstigen datenschutzrechtlichen Vorschriften. Er wird auch seine mit der in der Präambel genannten Aufgabe beauftragten Mitarbeiter auf die Einhaltung der Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes sowie der EU-DSGVO verpflichten.

§ 6 Laufzeit

Die Geheimhaltungsverpflichtung gilt beginnend mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung und gilt auf unbestimmte Zeit.

§ 7 Sonstiges

Nebenabreden, Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung, einschließlich des hier vereinbarten Formerfordernisses, bedürfen der Schriftform.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen nicht.

Ausschließlicher Gerichtsstand ist Chemnitz. Es findet deutsches Recht Anwendung.

Im Auftragsfall wird diese Vertraulichkeitsvereinbarung Vertragsbestandteil. Der Bewerber erkennt mit seiner Unterschrift die vorher aufgeführte Vertraulichkeitsvereinbarung vollumfänglich an und beachtet die Bestandteile der § 1-7 im Verlaufe des Vergabeverfahrens.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift ¹⁵

Hinweis: *Dieses Formblatt muss für jedes Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft und jeden Nachauftragnehmer ausgefüllt werden. Hierzu das Formblatt ggf. kopieren.*

¹⁵ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 11: »Erklärung zum Datenschutzbeauftragten«

Erklärung zur Bestellung eines betrieblichen Datenschutzbeauftragten und der konsequenten Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

☐ Ich/ wir erklären, dass kein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), § 38 Bundesdatenschutzgesetz –neu- (BDSG –neu-) zu bestellen ist, da die diesbezüglichen Voraussetzungen des Art. 37 Abs. 1 DSGVO nicht vorliegen.

☐ Ich/ wir erklären, dass ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter gemäß Art. 37 DSGVO, § 38 BDSG –neu- bestellt wurde.

Kommunikationsdaten des/ der Datenschutzbeauftragten sind:

☐ Erklärung der konsequenten Einhaltung der Datenschutzbestimmungen nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sowie nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) unter Beachtung der wettbewerblichen Gegebenheiten zur Vermeidung von Weitergabe von Kundendaten und Betriebsinterna an Konkurrenzunternehmen

Ich/ wir erklären weiterhin, dass

- ☐ Durchsetzung von Anordnungen gemäß Art. 83,84 DSGVO der Aufsichtsbehörde für Datenschutz
- ☐ Strafverfahren wegen Verstößen gegen die Datenschutzgrundverordnung und das Bundesdatenschutzgesetz
- ☐ Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten nach der DSGVO und dem BDSG nicht vorliegen.

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wesentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung und in den zusätzlich beigefügten Unterlagen meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁶

¹⁶ Vgl. Fußnote 1.

II. Eigenerklärungen und Nachweise zur Fachkunde und Leistungsfähigkeit

Anlage 12:

»Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit«

1. Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers/ des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft welches in den 3 Geschäftsjahren (2024, 2023, 2022) für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind, beauftragt wurden. Die Eigenerklärung muss das Jahresauftragsvolumen für vergleichbare Leistungen gemäß Auftragsgegenstand, für den ein Angebot abgegeben werden soll, enthalten.

Geschäftsjahr	2024	2023	2022
Umsatz			

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁷

- Hinweise:**
1. Die Angabe des Umsatzes der Geschäftsjahre (2024, 2023, 2022) des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 12.1** beizufügen.
 2. Aus den 3 genannten Umsätzen wird der Durchschnittswert gebildet und in die Wertung einbezogen.
 3. Umsätze von Nachauftragnehmern werden nicht in die Wertung einbezogen.

¹⁷ Vgl. Fußnote 1.

2. Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister oder einer vergleichbaren Eintragung (nicht älter als 3 Monate)

☐ Handelsregisterauszug

☐ _____

☐ _____

- Hinweise:**
1. *Der Nachweis der aktuell gültigen Eintragung in einem Berufs- und/ oder Handelsregister ist erforderlich, soweit nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedsstaates am Sitz oder Wohnsitz des Bewerbers entsprechendes verpflichtend vorgesehen ist.*
 4. *Sollte die vorstehende Darstellungsmöglichkeit des für den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft dies durch weitere oder andere Erklärungen erbringen.*
 5. *Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlagen 12.2** beizufügen.*

3. Erklärung über die Umsetzung des Einsatzes der entsprechend einsetzbaren Mitarbeiter (Vollbeschäftigteneinheiten) am Standort Chemnitz, die der Bewerber im Auftragsfall einsetzt

	Mitarbeiteranzahl einsetzbare Mitarbeiter (Vollbeschäftigteneinheiten) am Standort Chemnitz, die der Bewerber im Auftragsfall einsetzt
	Verhältnis vollbeschäftigte Mitarbeiter – teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter (in %)

Hinweise:

1. Zusätzlich zu der Benennung der Mitarbeiteranzahl ist vom Bewerber eine Erklärung beizufügen, wie der Einsatz der entsprechenden Mitarbeiter am Standort Chemnitz im Auftragsfall umgesetzt wird. Anzugeben ist ebenfalls das Verhältnis zwischen vollbeschäftigten und Teilzeitmitarbeitern für 2025

Die Darstellung sollte nicht mehr als zwei DIN-A4-Seiten je Los umfassen und ist dem Teilnahmeantrag ebenfalls als Anlage 12.3 beizufügen. Eine konkrete Personaleinsatzplanung ist nicht anzugeben. Es ist vielmehr zu umschreiben, wie der Einsatz der entsprechenden Mitarbeiter (Vollbeschäftigteneinheiten) am Standort Chemnitz sichergestellt wird. Dies ist besonders unter dem Gesichtspunkt wichtig, wenn ein Bewerber gegenwärtig noch nicht die erforderlichen Mitarbeiter am Standort Chemnitz zur Verfügung stellen kann. Der Bewerber muss somit zwingend die entsprechende Personalstärke im Auftragsfall am Standort Chemnitz zur Verfügung stellen.

2. *Sämtliche vorstehend angegebenen Unterlagen sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 12.3** beizufügen.*

Anlage 13: »Versicherungen«
--

Eigenerklärung Versicherung:

Ich/ wir erkläre(n) die Bereitschaft, auf eigene Kosten Versicherungen im nachstehenden Umfang bzw. zu den nachfolgenden Konditionen entweder bereits zu unterhalten oder im Auftragsfalle abzuschließen:

- Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 2.000.000,- EUR, zweifach maximiert für Personenschäden,
- Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 2.000.000,- EUR, zweifach maximiert für Sach-, Tätigkeits- und Vermögensschäden
- Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 30.000 – EUR, zweifach maximiert für das Abhandenkommen bewachter Sachen

Die Versicherung muss ab Vertragsabschluss über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechterhalten werden. Sie muss die Haftung des Auftragnehmers für Personen-, Sach-, Tätigkeits- und Vermögensschäden sowie das Abhandenkommen bewachter Sachen abdecken.

Ort, Datum

Stempel, rechtsverbindliche Unterschrift¹⁸

¹⁸ Vgl. Fußnote 1.

Anlage 15: »Fachkunde und technische Leistungsfähigkeit«

1. Nachweis der Einhaltung der Normen der Qualitätssicherung gemäß § 49 Abs. 1 SektVO

Der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer hat die Einhaltung der Qualitätssicherungssysteme, die

- den einschlägigen europäischen Normen genügen und
- von akkreditierten Stellen zertifiziert sind,

nachzuweisen (§ 49 Abs. 1 Satz 1 SektVO). Dies erfolgt in einem gesonderten Dokument, das dem Teilnahmeantrag als **Anlage 15.1** anzufügen ist.

- Hinweise:**
1. *Der Nachweis kann durch Vorlage der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001 mit jeweiliger Angabe zur Gültigkeitsdauer erbracht werden. Das Zertifikat muss bis zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots gültig sein und der Bewerber/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Nachauftragnehmer muss garantieren, dass er es bis Ende der Vertragslaufzeit aufrechterhält.*
 2. *Es werden auch gleichwertige Bescheinigungen von akkreditierten Stellen aus anderen Staaten anerkannt (§ 49 Abs. 1 Satz 2 SektVO).*
 3. *Konnte ein Bewerber/ ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, die betreffenden Bescheinigungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist einholen, werden auch andere Unterlagen über gleichwertige Qualitätssicherungssysteme anerkannt, sofern nachgewiesen wird, dass die vorgeschlagenen Qualitätssicherungsmaßnahmen den geforderten Qualitätssicherungsnormen entsprechen (§ 49 Abs. 2 Satz 3 SektVO).*

2. Nachweis der Erfahrung und Fachkenntnisse des Bewerbers aus vergleichbaren Projekten - Referenzprojekt 1 bis 3 bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre

- Hinweise:**
1. *Es sind die Formblätter des AG zu verwenden. Die Referenzprojekte sind dem Teilnahmeantrag als **Anlage 15.2** beizufügen. Zusätzliche Unterlagen müssen ebenso gekennzeichnet sein wie die Formblätter.*

Die Referenzen werden nur berücksichtigt, wenn sie die Voraussetzungen gemäß der Auswertungsmatrix Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG erfüllen (siehe Anlage 16 des Leitfadens zum Vergabeverfahren – Phase 1).

Inhaltlich bewertet werden hier die gemäß Anlage 1 Nr. II bzw. Anlage 11 vorgelegten vollständigen Referenzen der Auswertungsmatrix Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG **Kriterien 2.1 bis 2.3** geforderten Angaben (siehe Anlage **16** des Leitfadens zum Vergabeverfahren – Phase 1).

Damit die Anforderung des Nachweises der Fachkunde erfüllt ist, muss mindestens eine wertbare Referenz mit der genannten Mindestanforderung nachgewiesen werden.

Auf jede der 3 vorgelegten Referenzen können maximal 50 gewichtete Maximalpunkte entfallen. Dabei wird jede Referenz einzeln nach der Auswertungsmatrix Reinigungs-dienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG Punkte 2.1 bis 2.3 bewertet. (siehe Anlagen 16 des Leitfadens zum Vergabeverfahren – Phase 1).

2. Für jede Referenz ist ein entsprechendes Formular zur Referenzbeschreibung (siehe Anlage 15 2.) beizufügen und die jeweilige Nummer der Referenz entsprechend den Vorgaben der Auswertungsmatrix Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG Kriterien 2.1 bis 2.3 (siehe Anlagen 16 des Leitfadens zum Vergabeverfahren – Phase 1) fortlaufend einzutragen.
3. Für jede Referenz ist weiterhin eine Bestätigung des Auftraggebers beizulegen.
4. *Sollte die nachfolgende Darstellungsmöglichkeit (siehe Anlage 15.2) für den Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft/ den Nachauftragnehmer zur Darstellung der Referenzen nicht ausreichend sein, kann der Bewerber/ die Bewerbergemeinschaft diese durch weitere Darstellungen erbringen, die mit der vorgegebenen Form vergleichbar sind. Die Referenzdarstellung sollte in diesem Fall nicht mehr als zwei DIN-A4-Seiten je Referenz umfassen und ist dem Teilnahmeantrag als **Anlage 15.3** beizufügen.*

	Teilnahmeantrag für Europaweite Vergabe: „Reinigungsdienstleistungen Betriebshöfe Chemnitzer Verkehrs-AG“	
--	--	--

Referenz _	
Bezeichnung und Kurzbeschreibung des Referenzprojektes und Ort der Leistungserbringung	
Name des Auftraggebers mit Adresse und Ansprechpartner des Auftraggebers mit Telefonnummer	
Angabe Auftragswert	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Bestätigung des Auftraggebers	

III. Anlagen zum Teilnahmeantrag

Dem Teilnahmeantrag sind folgende zusätzliche Anlagen beigelegt:

- ☐ Anlage 12.1 (Umsätze der Geschäftsjahre (2024, 2023, 2022))
- ☐ Anlage 12.2 (Handelsregisterauszug)
- ☐ Anlage 12.3 (Erklärung über die Umsetzung des Einsatzes der entsprechend einsetzbaren Mitarbeiter)
- ☐ Anlage 13 (Versicherung)
- ☐ Anlage 14 (Darstellung Gewährleistung der Leistungsqualität)
- ☐ Anlage 15.1 (Qualitätssicherung)
- ☐ Anlage 15.2 (Referenzen)
- ☐ Anlage 15.3 (Referenzen - Zusatz)

IV. Unklarheiten

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/ der Bewerbungsgemeinschaft Unklarheiten, Widersprüche oder Unvollständigkeiten, insbesondere solche, welche Anforderungen, Inhalt und Vollständigkeit des Teilnahmeantrages betreffen, so hat der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft die Auftraggeberin umgehend darauf hinzuweisen. Vorgenannte Hinweise sind unmittelbar an die oben genannte Kontaktstelle zu richten.

V. Rechtliche Hinweise

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung gestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

VI. Keine Entschädigung

Die Bewerber erhalten für ihre Aufwendungen im Verfahren keine Entschädigung. Schadenersatzansprüche sind ausgeschlossen.